

Postulat 134

Auswege aus der digitalen Abhängigkeit

Simon Roth und Patricia Lang namens der SP/JUSO-Fraktion, Adrian Häfliger und Monika Weder namens der GRÜNE/JG-Fraktion sowie Martin Huber namens der GLP-Fraktion vom 30. Oktober 2025

Ein wichtiger Bestandteil digitaler Souveränität ist die Autonomie über digitale Systeme sowie eine beschränkte Abhängigkeit von einzelnen Anbietern oder Ländern. Dies ist nur möglich, wenn die einzelnen Komponenten der Informationstechnik austauschbar sind. Davon sind sowohl die Stadt Luzern als auch die Schweiz insgesamt aktuell weit entfernt. Mit der staatlichen E-ID wird nun jedoch ein erster, wichtiger Schritt hin zu mehr Souveränität gemacht. Das Grundproblem bleibt jedoch bestehen, da viele Anwendungen der Stadt Luzern aus Gründen der Praktikabilität von einem einzigen Anbieter stammen und es dafür keine (kompatiblen) Alternativen gibt. Da die öffentliche Hand in der Schweiz und darüber hinaus ihre Software alle bei denselben wenigen Anbietern bezieht, gibt es für die Konkurrenz kaum Möglichkeiten, wettbewerbsfähige Alternativen auf den Markt zu bringen. Entsprechend werden aktuell etwa 80 % der in Europa verwendeten digitalen Technologien aus den USA und China importiert. Nur 7 % der Forschungsausgaben im Bereich Software und Internet werden von europäischen Unternehmen getätigt. Ohne entsprechende Schritte wird die Abhängigkeit von einzelnen Anbietern so immer weiter zunehmen. Von diesen zunehmenden Abhängigkeiten sind nicht nur die öffentliche Verwaltung, sondern auch Firmen, Organisationen und Privatpersonen betroffen. Eine Stärkung der digitalen Souveränität liegt deshalb im Interesse aller.

Mit der «EuroStack»-Initiative versucht Europa seinen technologischen Rückstand aufzuholen. Dazu soll eine umfassende digitale Infrastruktur für Europa aufgebaut werden. Das industriepolitische Konzept verbindet die Bereiche Technologie, Finanzierung, wirtschaftliche Entwicklung, politische Steuerung, Nachhaltigkeit und Gemeinwohl. In einem ersten Schritt sollen zehn Milliarden Euro in einen europäischen Technologiefonds fließen. Dieser Fonds würde die Finanzierung innovativer und skalierbarer digitaler Produkte «Made in Europe» ankurbeln, etwa auf den Gebieten Robotik, Biotechnologie und öffentliche Dienste. In der Schweiz ist die Strategie «Digitale Schweiz» für den Bund verbindlich und dient Kantonen und Gemeinden als Orientierung. Diese formuliert die Vision, dass die Schweiz zu den digital wettbewerbsfähigsten und innovativsten Ländern Europas zählt. Dazu gibt es einen Aktionsplan mit zahlreichen Massnahmen.

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, welchen finanziellen Beitrag die Stadt Luzern zur Stärkung der digitalen Souveränität in der Schweiz leisten kann. Konkret wird mit diesem Postulat Folgendes vorgeschlagen:

- Die Stadt Luzern setzt zukünftig 10 % ihrer jährlichen IT-Lizenzkosten für die Stärkung der digitalen Souveränität ein. Dies kann beispielsweise durch die Förderung von Open-Source-Software, Investitionen in kommunale Rechenzentren (Open Cloud) oder die Unterstützung von Projekten im Rahmen der Strategie «Digitale Schweiz» erfolgen. Diese Gelder sollen ausserhalb der städtischen Kernverwaltung eingesetzt werden, um ein vielfältiges IT-Ökosystem zu fördern. Dabei ist allerdings zu beachten, dass keine Gelder zu digitalen Unicorns fließen, die früher oder später von amerikanischen oder chinesischen Firmen gekauft werden und so zur Machtkonzentration beitragen.

- Die Kooperation zwischen Gemeinden, Kantonen und dem Bund soll ausgebaut werden. Falls ein solcher noch nicht besteht, soll die Stadt Luzern dazu einen gemeinsamen Technologiefonds von Gemeinden, Kantonen und Bund anregen.